

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. bei 6 Monaten 10,- RM. bei 12 Monaten 18,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Die Postgebühren sind im Preis inbegriffen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Angelagene werden durch die Redaktion in Kenntnis gesetzt. Die Redaktion ist für die Rückgabe von Briefen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Rückgabe von Briefen nicht verantwortlich.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 185 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: "Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postkod.: Dresden 2640 Dienstag, den 9. August 1932

Hausbesitz und Handwerk.

Wohnungsnot und Wirtschaft — darauf paßt nur allzu treffend das Dichterwort: "Der ganzen Menschheit Jammer saßt mich an!" Raum eine einzige Maßnahme der Nachkriegszeit hat — schuldlos und schuldhaft — berart wie diese daran mitgearbeitet, die Luft zwischen den Behörden und den Staatsbürgern aufzureißen. Jetzt ist sie verschwunden oder ist im Verschwinden begriffen, aber nun hat sich riesenhoch die Gefahr der Zerrüttung und des Verfalls der deutschen Haus- und Grundbesitzwirtschaft erhoben. Doch nein, nicht erst jetzt, sondern diese Verfallserscheinungen sind schon längst an ihrer Fortschrittsarbeit, und die allgemeine Krise hat sie zu einem reißenden Tempo vorwärtsgepeitscht. Ob Klein-, Mittel- oder Großstadt — überall ist es dasselbe: leerstehende Wohnungen und namentlich Geschäftslöcher, steuerlich überlastete Eigentümer, verfallende Häuser, denen jegliche Vauvorsorge hilflos gegenübersteht. Dafür gelten aber z. B. in Preußen heute noch für die Grundvermögenssteuer die Veranlagungswerte des Abschnittes 1917/19! Wie katastrophal haben sich seitdem diese Werte geändert! Dafür aber durfte der Hausbesitzer noch das angenehme Geschäft der Steuererhebung z. B. für die Hauszinssteuer übernehmen! Sie wurde ja sowohl von den Ländern wie von den Gemeinden nur in geringem Umfange für den mit ihrer Einführung vorgesehenen Zweck verwendet: in Form von Hypotheken zur Wiederbelebung der Bauwirtschaft mitzuwirken. Wie sieht es dort aus? Um diese Frage zu beantworten, genügt ja wohl die einfache Feststellung, daß vier Fünftel der deutschen Bauarbeiter seit längerer oder kürzerer Zeit arbeitslos sind. Und es ist fast noch optimistisch, wenn auf der Hamburger Tagung des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine der Präsident äußerte, man sehe heute "am Vorabend eines Baukrachs", wie er in der Gründerzeit kein Gegenstück habe. Am "Vorabend" nur? Wir stehen doch schon mitten drin! Davon zeugt der hunderttausendfache Häuserverfall.

Damit sich dieser nicht allzu rasch fortsetze, sind ja im Arbeitsbeschaffungsprogramm auch 40 bis 50 Millionen für Hausreparaturen vorgesehen. Natürlich nur in Form von Krediten, und diese Reparaturdarlehen müssen doch wieder, wenn auch allmählich, zurückgezahlt werden. Doch darüber zerbricht man sich heute noch nicht den Kopf, begnügt sich nur, eine Herabsetzung der Realsteuerbelastung in entsprechendem Umfange zu fordern. Auch dies nicht mit Unrecht, denn in allzu vielen Gemeindeverwaltungen erschöpfte sich in finanziellen Notzeiten die gesamte steuerliche Leistungsfähigkeit, daß man den Hausbesitzer die Grundsteuer und dem Gewerbetreibenden und dem Geschäftsmann die Gewerbesteuer erhöhte. Vorerst freut man sich der Bereitwilligkeit des Reiches bzw. der Reichsbank, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes die Reparaturdarlehen zur Verfügung zu stellen. Gewiß ergibt sich damit keine "Annullierung" der Bauwirtschaft, so sehr sie für diese als eine der wichtigsten deutschen Schlüsselindustrien zu wünschen wäre. Wohl aber zeigen sich für einen Teil von ihr, für den kleineren und mittleren Bauunternehmer, ferner für das Handwerk gewisse Beschäftigungsmöglichkeiten. Hier hat das fast völlige Aufhören staatlicher und kommunaler Aufträge zu zahllosen Zusammenbrüchen geführt, und die geringen Reste, die übriggeblieben, kämpfen verzweifelt ums Dasein. Wie eine unübersteigbare Mauer hat sich zwischen den Reparaturbedarf verfallender Häuser und dessen "Deckung" durch Handwerk und Baugewerbe die Kredit- und Kapitalnot gestellt, eine Mauer, die nur mit geradezu selbstmörderischen Kosten und mit größtem Mißtrau überflogen werden konnte. Es ist als zeige sich mit tragischer Dramatik an diesen verfallenden Häusern nach außen hin das Sinken unseres ganzen Lebensniveaus.

Wag auch jener Kreditzuschuß von 40 bis 50 Millionen nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein wirken, so ist er doch immerhin ein Anfang und bedeutet für das Baugewerbe eine gewisse Erleichterung in ihrer heute hoffnungslos erscheinenden Lage. In Hamburg haben Hausbesitzer und Vertreter des Handwerks gemeinsam getagt und gemeinsam das Ersuchen an die Reichsregierung gerichtet, aus dem Stadium des "Programms" zur — Ausführung überzugeben. Daß sich bei dieser Gelegenheit der Präsident des Deutschen Handwerks- und Gewerbelammetages scharf gegen die "Schwarzarbeit" wandte, ist durchaus zu verstehen und zu billigen, zumal diese Beschwerde andererseits dadurch ergänzt wurde, daß er namens des Handwerks die Zusage geben zu können glaubte, bei den Reparaturarbeiten wirklich nur angemessene Preise und Kosten einzustellen. Denn mit dem "Handwerk hat einen goldenen Boden" ist es längst vorbei, und dieses Handwerk hat jetzt nur noch das Ziel, einen neuen Boden zu gewinnen, der es wenigstens vor dem weiteren Verfall bewahrt.

Umbildung der Reichsregierung.

Die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten.

Reichskanzler von Papen ist am Montag von seinem kurzen Urlaub im Saargebiet wieder nach Berlin zurückgekehrt. Am Dienstag trifft der Reichspräsident aus Neudorf in Berlin ein, um am Donnerstag an den Verfassungsfeiern teilzunehmen. Man erwartet nun in politischen Kreisen, daß die Verhandlungen über die Umbildung der Reichsregierung in dieser Woche in Fluß kommen. Viel beachtet wird eine Erklärung, in der die Auffassung der Reichsregierung zum Ausdruck kommt. In dieser Erklärung, die von maßgebender Seite stammt, wird eine Heranziehung von Persönlichkeiten aus der Nationalsozialistischen Partei zur Regierung als durchaus nützlich bezeichnet. Das Reichskabinett soll jedoch als sogenanntes Präsidialkabinett bestehenbleiben, die Auswahl der neuen Männer soll nicht unter parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgen.

Das ist, wie gesagt, die Auffassung in Regierungskreisen. Auf dieser Grundlage will Herr v. Papen mit den Nationalsozialisten verhandeln, nachdem er dazu die Zustimmung des Reichspräsidenten erhalten hat. Ob der Reichspräsident selbst Parlamentarier empfangen wird, wie dieses früher der Fall war, ist bis jetzt nicht bekannt und unwahrscheinlich. Der Kanzler wird die Verhandlungen führen. In Verbindung mit den Verhandlungen mit den Nationalsozialisten werden die Namen

Gregor Strasser, Dr. Fried und Oberst Hierl genannt als die Persönlichkeiten, die nach dem offiziellen Ausschleiden aus ihrer Partei für die Übernahme von Reichsministerien in Betracht kämen. Immer noch erhält sich das Gerücht, daß die Nationalsozialisten die Führung im Kabinett, also das Kanzleramt, verlangen und daß Hitler Kanzler werden soll. Nach der augenblicklichen Lage ist nicht anzunehmen, daß die Auffassung des Reichspräsidenten einer solchen Forderung entgegenkommt.

Während die Verhandlungen über die Umbildung der Reichsregierung geführt werden, muß sich das Kabinett sehr schnell darüber schlüssig werden, was es zur wirksamen

Unterdrückung der blutigen Ausschreitungen tun will. Wie man hört, bestehen zwischen den zuständigen Stellen immer noch Meinungsverschiedenheiten über einzelne Punkte der geplanten Notverordnung, insbesondere soll das Reichsjustizministerium gegen die Androhung der Todesstrafe auf unbefugten Waffenbesitz sein. Es ist geplant, zunächst einmal durch eine Verordnung Sondergerichte zur schnellen Aburteilung der Täter einzusetzen. Der Reichskanzler hat sich nach seiner Rückkehr sofort über die Unterdrückung der Terrorfälle berichten lassen.

Zu den Verhandlungen über eine Umbildung der Reichsregierung wird von deutschnationaler Seite erklärt: Ein Kabinett Hitler wäre nur auf parlamentarischer Wehrheitswege, also mit Billigung des Zentrums möglich. Bei einem solchen Rückfall in überlebte Methoden würden die Deutschnationalen nicht nur entbehrlich, sondern auch — uninteressiert sein.

Sicherheit und Freiheit.

General von Schleicher über deutsche Politik. Reichswehrminister General von Schleicher gewährte dem Berliner Vertreter der "New York Times" eine Unterredung, in der der Minister hochaktuelle politische Fragen streifte. Herr von Schleicher wies zunächst noch einmal darauf hin, daß er jeder Militärdiktatur abhold sei. Er betonte weiter, daß die Reichstagswahlen von neuem gezeigt hätten, wie schwer Deutschland heute zu regieren sei. Die radikalen Parteien hätten wieder den größten Erfolg gehabt. In Deutschland seien Parteienorganisationen entstanden, die sich gegenseitig gewalttätig bekämpften. Das sei nur dadurch möglich gewesen, daß die Autorität des Staates durch den Versailler Vertrag untergraben worden sei.

General v. Schleicher forderte sodann in seinen weiteren Ausführungen die Gleichberechtigung Deutschlands und betonte, daß die deutsche Regierung entschlossen sei, diese Frage in der nächsten Zeit zu lösen. Der Reichswehrminister beschäftigte sich weiter nochmals eingehend mit der Abrüstungsfrage, die für ihn im Mittelpunkt der Außenpolitik stehe. Auf der Abrüstungskonferenz in Genf sei Deutschlands selbstverständliche Forderung nach Gleichberechtigung nicht berücksichtigt worden.

Deutschland werde seine Vertreter nicht wieder nach Genf schicken, bevor nicht die Frage der Gleichberechtigung im deutschen Sinne gelöst werde.

In dieser Frage gäbe es in Deutschland keinen Unterschied der Parteien. Keine deutsche Regierung werde eine Abrüstungsconvention unterzeichnen können, die Deutschland nicht in allen Dingen dieselben Rechte gebe wie den anderen Staaten.

Entweder müßten die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages auf alle Mächte angewendet werden, oder man müsse Deutschland das Recht zubilligen, sein Wehrsystem so umzubauen, daß seine nationale Sicherheit gewährleistet sei. Deutschland denke weder daran, ein stehendes Friedensheer von 600.000 Mann aufzustellen, wie es Frankreich heute unterhalte, noch wolle es den großen Seemächten Konkurrenz machen. Aber es verlange Sicherheit, Gleichberechtigung und Freiheit.

Militärbündnisse um Deutschland herum.

General von Schleicher verglich sodann das deutsche Heeresbudget mit den Ausgaben, die andere Mächte für ihre Armeen aufbringen. Frankreich habe im letzten Jahre für sein Heer die Riesensumme von 2,3 Milliarden ausgegeben, d. h. viermal soviel wie Deutschland. Polen opfere jährlich 500 Millionen Mark, die Tschechoslowakei 260 Millionen Mark, Belgien 160 Millionen Mark für die nationale Sicherheit. Diese vier durch Militärbündnisse verbundenen Nachbarstaaten Deutschlands geben also für Rüstungszwecke jährlich nahezu vier Milliarden Mark, also fast das Sechsfache des deutschen Wehrbudgets, aus.

Der Reichswehrminister verwies darauf, daß Deutschland der Gebrauch jeder neuzeitlichen Angriffswaffe untersagt sei. Deutschland habe keine Flugzeuge, keine Tanks und keine schweren Geschütze, keine U-Boote, keine Flug-

zeugträger und großen Schlachtschiffe. Unter Hinweis auf die neuen deutschen 10-Tonnen-Banzerschiffe betonte General Schleicher, daß Frankreich in den letzten drei Jahren so viele Neubauten vom Stapel gelassen habe, wie die ganze deutsche Marine an Schiffsräumen umfasse. Deutschland habe unter allen Großmächten das weitaus niedrigste Wehrbudget.

Schluß mit dem Terror!

Sondergerichte — Todesstrafe wird angedroht.

Der Reichskanzler, der sich nach seiner Rückkehr sogleich von den zuständigen Stellen der Reichsregierung und des preussischen Staatsministeriums Vortrag über die in den letzten Tagen vorgelassenen Terrorakte halten ließ, hat sämtliche Reichsminister zu einer Ministerbesprechung am Dienstag nach Berlin berufen.

Der Reichskanzler ist der Auffassung, daß den gegenwärtigen Zuständen unter brutaler Anwendung aller Machtmittel des Staates ein sofortiges Ende gesetzt werden muß.

Für Dienstag ist mit einer neuen Notverordnung zu rechnen, die

verschärfte Strafbestimmungen zur Bekämpfung des Terrors

enthalten wird. In unterrichteten Kreisen weißt man in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich die Bestimmung, wonach u. a. mit der Todesstrafe bedroht wird, wer mit der Waffe in der Hand angetroffen wird, auch im Jahre 1919 notwendig gemacht habe.

Neben der Notverordnung zur Verschärfung der Strafbestimmungen ist eine Durchführungsverordnung zu einer früheren Notverordnung des Reichspräsidenten zu erwarten, die u. a. die Einrichtung von Sondergerichten vorsieht.

Selbstschutz an Stelle von Hilfspolizei in Braunschweig.

Im Braunschweiger Staatsministerium fand eine Besprechung des Vorstandes der Landtagsfraktion Bürgerliche Einheitsliste mit Minister Laage statt, in der die Frage der Aufstellung einer Hilfspolizei stand. Nach einmütiger Auffassung über die Notwendigkeit eines ausreichenden Schutzes der Bevölkerung in Stadt und Land Braunschweig wurde volles Einverständnis über die zu ergreifenden Maßnahmen erzielt. Das weitere wurde dem Staatsministerium überlassen.

Die Aufstellung einer Hilfspolizei in der ursprünglich geplanten Form soll nicht mehr in Betracht kommen. Lediglich die Schaffung von Selbstschutzorganisationen soll genehmigt werden.

Prügelknabe Deutschland.

Die Autonomistenbewegung in der Bretagne. Der Pariser "Matin" veröffentlicht auf seiner ersten Seite eine Zuschrift, in der niemand anders als Deutschland für die autonomistische Bewegung in der Bretagne verantwortlich gemacht wird.

■ Fördert die Ortspresse ■